KOMMENTAR

Peter Reinhardt über den Wahlkampf mit einem Polizeieinsatz

Verbale Pirouetten

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse werden schon zu normalen Zeiten nicht zur Suche nach der reinen Wahrheit eingerichtet. Erst recht dominiert der politische Machtkampf die Arbeit kurz vor der Landtagswahl. Auf die Goldwaage legen sollte man deshalb weder die deftige Kritik der Opposition am Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner noch die Verteidigungsrede der Regierungsfraktionen. Der Streit zum Abschluss der Arbeit war programmiert.

Wichtiger als die eigentliche Beweiswürdigung war der Opposition das politische Signal, dass Rot-Grün acht Wochen vor der Landtagswahl zusammen zu einem Votum kommt. Für einen gemeinsamen Nenner nahmen beide Parteien Abstriche an ihren früheren Positionen in Kauf. Geblieben ist der logische Widerspruch, dass sie die Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit dem Hinweis auf politischen Einfluss begründet haben. Mangels Beweisen schalteten sie dann auf den Vorwurf um, Ministerpräsident Stefan Mappus hätte angesichts der Risiken den Einsatz untersagen müssen. Eine schöne Pirouette.

Auf der anderen Seite bügelten CDU und FDP alle Vorwürfe gegen Mappus glatt. Dabei hat der im Vorfeld der Parkräumung die Stimmung durchaus angeheizt. Eingeräumt werden im Regierungslager nur Fehler der Polizei. Die sind ohnehin nicht wegzudiskutieren. Leider bleiben die Konsequenzen offen.

Polizeibeamte und S-21-Gegner am 30. September 2010 in Stuttgart. BILD: DPA

Stuttgart 21: SPD und Grüne sehen Mappus in der Verantwortung

Polizeieinsatz führt zu neuem Streit

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. SPD und Grüne fordern nach dem harten Einsatz gegen die Gegner von Stuttgart 21 im Schlossgarten die Entlassung von Polizeipräsident Siegfried Stumpf. „Aus unserer Sicht ist das die einzig richtige Reaktion“, sagte der SPD-Abgeordnete Andreas Stoch. Die politische Verantwortung für Wasserwerfer und Pfefferspray gaben er und sein Grünen-Kollege Ulrich Sckerl in ihrer Bilanz zum Landtags-Untersuchungsausschuss Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU). Eine Rücktrittsforderung sei aber nicht notwendig, weil am 27. März die Wähler über den Regierungschef entscheiden würden.

Rückendeckung für Mappus

Die Vertreter der Regierungsfraktionen CDU und FDP halten die Vorwürfe für nicht gerechtfertigt. „Kein einziger Zeuge hat von einer politischen Einflussnahme gesprochen“, sagte der CDU-Obmann Ulrich Müller. Die Bewertung der Vorgänge durch die Opposition sei „in Sprache, Stil und Inhalt nicht seriös, sondern Wahlkampfgetöse“. Der FDP-Abgeordnete Hagen Kluck sah Widersprüche bei SPD und Grünen: „Zuerst werfen sie Mappus vor, er habe den Polizeieinsatz beeinflusst. Dann nehmen sie ihm übel, dass er den Einsatz nicht verhindert hat.“

In einem zähen Ringen hatten sich SPD und Grüne in den letzten Tagen auf eine gemeinsame Bewertung der Beweisaufnahme geeinigt. Für das politische Signal zugunsten von Rot-Grün mussten die Grünen erhebliche Zugeständnisse machen. Auf der Strecke blieb zum Beispiel ihr mehrfach geäußerter Vorwurf, der Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray gegen die Gegner des Bahnhofneubaus habe den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt. „Eine endgültige Bewertung dieser Frage ist noch nicht möglich“, sagte Sckerl dazu. Dass die Grünen damit bei den Stuttgart-21-Gegnern unter Druck geraten könnten, glaubt er nicht. Bei der Räumung des Parks am 30. September 2010 waren über 100 Demonstranten und 30 Polizisten verletzt worden.

Einig waren sich SPD und Grüne in der Kritik an Mappus. „Den Zettel mit der Anweisung haben wir nicht gefunden“, sagte Stoch. Wie Sckerl ist er dennoch der Meinung, dass „Mappus persönlich die Polizisten in einen schwierigen Einsatz geschickt hat und jetzt vor der Verantwortung davonläuft“. Er sah darin einen „Ausdruck von Feigheit“.

CDU-Mann Müller konnte keinen politischen Einfluss erkennen. „Die Polizei war nicht im Schlossgarten, weil sie jemand geschickt hatte, sondern weil sie dort rechtswidriges Handeln beenden und das Baurecht durchsetzen musste“, sagte er. Die Räumung des Parks sei schon seit dem Sommer geplant worden. Müller und Kluck gaben Mängel und Fehleinschätzungen in der Organisation des Einsatzes zu. Eine Ablösung des Polizeichefs wäre aber als „Strategie des Bauernopfers ein verheerendes Signal“.

IN KÜRZE

Acht Grippetote

STUTTGART. Die aktuelle Grippewelle hat in Baden-Württemberg bislang acht Todesopfer gefordert. „Viele davon litten an Vorerkrankungen. Das ist also keine besorgniserregende Zahl“, sagte ein Sprecher des Landesgesundheitsamtes. Erkrankt seien nach den aktuellen Zahlen rund 600 Menschen. Allerdings würden nicht alle Fälle gemeldet, es gebe eine hohe Dunkelziffer. *lsw*

Gewerkschaft droht mit Klage

STUTTGART. Nach dem niedersächsischen Urteil zu Bereitschaftsdiensten der Polizei droht die Gewerkschaft GdP im Südwesten mit einer Klage. Es gebe Beamte im Land, die gegen die derzeitige Vergütungsregel klagen wollten, und diese werde die Gewerkschaft unterstützen, sagte der GdP-Vorsitzende Rüdiger Seidenspinner. *lsw*

AUFGELESEN

Ein Unbekannter hat bei Rhaunen (Kreis Birkenfeld) die **Kronen** von **125 jungen Obstbäumen** abgeschnitten. Es handelte sich überwiegend um Apfel- und Birnenbäume alter Sorten, wie die Polizei gestern mitteilte. Sie waren erst im November 2010 im Rahmen eines **Öko-Projekts** angepflanzt worden. Als Täter werde jemand vermutet, der möglicherweise etwas gegen die Obstzucht hatte. Es sei keine Vandalismus-Tat, sondern eine, die lang und genau geplant wurde, hieß es. Der Schaden wird auf **30 000 Euro** geschätzt. *lrs*

Interna ins Netz gestellt

PHILIPPSBURG. Ein Mitarbeiter des Atomkraftwerks Philippsburg hat interne Schulungsunterlagen auf einer allgemein zugänglichen Internet-Plattform veröffentlicht. Um sich auf eine Prüfung vorzubereiten, gab der Mann allgemeine Fragen zum Betrieb eines Kernkraftwerks sowie die Antworten darauf auf der Plattform ein. Die Daten wurden gelöscht, der Mitarbeiter von der Arbeit freigestellt. *lsw*

Kindergarten

Diskussion um CDU-Vorschlag

STUTTGART. Der CDU-Vorschlag für ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr in Baden-Württemberg stößt auf den erbitterten Widerstand der Städte und Kommunen. Der Sprecher des Städtetags, Manfred Stehle, warnte gestern in Stuttgart vor den finanziellen Belastungen. Ohne Beitragserstattung würden die kommunalen Haushalte in eine noch größere Schieflage geraten. Kindergärten entwickelten sich immer mehr von Betreuungs- zu Bildungseinrichtungen. Die Förderung der Schulreife sei eine notwendige Herausforderung für Kindergärten und bereits mit erheblichen zusätzlichen Kosten für Land und Kommunen verbunden.

Die CDU will laut ihrem Wahlprogramm für Kinder ab fünf Jahren „vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule eine kostenfreies, verpflichtendes Kindergartenjahr“ einführen. Darüber soll am Samstag auf dem Landesparteitag in Donaueschingen abgestimmt werden. Die SPD hatte am vergangenen Wochenende sogar die völlige Beitragsfreiheit des Kindergartens beschlossen. *lsw*

Bildung

Proteste gegen Studiengebühren

KARLSRUHE. Etwa 100 Studenten haben gestern in Karlsruhe gegen die Studiengebühren im Land protestiert. Erwartet hatten die Veranstalter rund 1000 Teilnehmer. Wolfgang Zink vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) sagte, die Studiengebühren seien nur ein Baustein einer Bildungspolitik, in der sozial Schwache benachteiligt würden. Der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober kündigte für den Fall eines Siegs seiner Partei bei der Landtagswahl am 27. März an, gemeinsam mit den Grünen die Studiengebühren abzuschaffen. „Laut Studien werden drei bis vier Prozent der Studierwilligen von der Gebühr abgeschreckt. Das sind nicht viele, aber ein klares Indiz dafür, dass hier eine Auswahl getroffen wird“, sagte Stober.

Das Wissenschaftsministerium wehrte sich gegen die Vorwürfe: „Die Hochschulfinanzierung in Baden-Württemberg ist gerecht und solide geregelt“, sagte ein Sprecher der Behörde. *lsw*

„Grüß Gott“: Angebliches Verbot der Begrüßung sorgt für Verwirrung in der Bevölkerung

Staatsrätin rettet Schwaben-Gruß

Von unserem Korrespondenten
Joachim Rüeck

STUTTGART. Multikulti-Staatsrätin Regina Ammicht Quinn (Bild) ist bisher außerhalb intellektueller Milieus eher selten auffällig geworden. Nun erwirbt sich die Professorin allerdings ein bleibendes Verdienst quer durch alle Bevölkerungsschichten hindurch – als Retterin des schwäbischen Grußes. Die Tübinger Theologin fährt gemeinen Kettenmail-Versendern in die Parade, die unbescholtene Bürger mit einem angeblichen „Grüß Gott“-Verbot in Wallung bringen.

In dem im Rechtsaußen-Tenor gehaltenen, anonymen Text beklagt sich eine „junge Lehrerin“ über vermeintliche neue Verhaltensregeln für Schulkinder. Die seien informiert worden, „dass das uns in Baden-Württemberg vertraute Grüß Gott nicht mehr verwendet werden darf, da das die muslimischen Mitschüler beleidigen könnte“.

Aufgrund der vielen besorgten Reaktionen landete der heimtückische Anschlag auf das verbale Brauchtum zwar nicht an allerhöchster Stelle, aber immerhin bei Ammicht Quinn, der Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog. Deren Antwort ist prompt administrativ und theologisch einwandfrei. „Eine Anweisung gegen das Grüß Gott ist in Baden-Württemberg undenkbar“, stellt sie klar. „Und es haben sich im Übrigen auch nie Muslime darüber beschwert, dass im Namen Gottes gegrüßt wird.“

Badische Abschiedsformel „alla“

Ihren nächsten heiklen Fall hätte die Staatsrätin, falls nach der schwäbischen Begrüßung auch bald Ketten-E-Mails auftauchen würden, in denen die badische Abschiedsformel in die Diskussion geraten sollte. Die lautet bekanntlich „alla“ – wenn auch ohne „h“.